

Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen

Von Axel Schildt

Nach 50 Jahren ihres Bestehens hat die Bundesrepublik, 1949 ausdrücklich als Provisorium gegründet, bereits die Dauer des deutschen Kaiserreichs übertroffen, dessen entsprechendes Jubiläum in das Jahr 1921 gefallen wäre. Mit diesem Rekord an Stetigkeit neuerer deutscher Geschichte korrespondiert das relativ geringe Interesse an der Bundesrepublik als historischem Phänomen. Die katastrophischen Zeiten, vor allem das „Dritte Reich“, und mittlerweile auch die düsteren polizeistaatlichen ebenso wie die kulturell skurril anmutenden Seiten der DDR, scheinen die Aufmerksamkeit der historisch interessierten Öffentlichkeit weitgehend zu absorbieren.

Zudem wird mitunter argumentiert, es sei seit 1989/90 anachronistisch geworden, die Geschichte der Bundesrepublik gesondert zu untersuchen. Deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg könne nur noch als deutsch-deutsches Wechselverhältnis beschrieben werden. Diese Auffassung ist nur scheinbar plausibel und nur partiell richtig. Natürlich stellt sich Deutschland im 20. Jahrhundert (bis 1990) als „dreifache Zeitgeschichte“ (Hans Günter Hockerts) des in das „Dritte Reich“ mündenden Nationalstaats und der beiden Nachfolgestaaten Bundesrepublik und DDR dar. Und natürlich muß man in Rechnung stellen, daß diese jeweils die Frontstaaten an einer Nahtstelle der beiden Weltblöcke darstellten, daß die SED-Diktatur in Ostdeutschland der Bundesrepublik die negative Kontrastfolie des eigenen Staates lieferte. Aber man wird schwerlich behaupten können, daß die Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft in nennenswerter Weise durch Vorbilder der DDR beeinflusst worden sei.

Die Gesellschaften der beiden deutschen Staaten entwickelten sich auf sehr getrennten Wegen, vor allem nach der hermetischen Abschließung der DDR im August 1961. Und wenn es Einflüsse gab, so fast ausschließlich von westlicher Seite auf Ostdeutschland. Drei bis vier Millionen Bürger der DDR verließen bis zur Schließung der Grenzen ihren Staat, in der Regel wegen der schlechteren wirtschaftlichen Lage. Um den „Arbeiter- und Bauernstaat“ in den Augen der Bevölkerung zu legitimieren, wurde seit den 60er Jahren eine verzweifelte und hoffnungslose Aufholjagd unternommen, durch die der westdeutsche Lebensstandard erreicht werden sollte. Aber es gab – ironischerweise – nur einen entscheidenden Sektor, in dem die Versorgung mit Konsumgütern seit dem Ende der 60er Jahre nahezu identisch war: Die DDR-Bewohner besaßen im gleichen Maße Radio- und Fernsehgeräte wie die Bewohner der Bundesrepublik und übernahmen ein massenmedial vermitteltes Bild des westdeutschen Konsumparadieses, das wohl vielfach erst durch eigene Erfahrungen nach der deutschen Vereinigung korrigiert werden mußte.

Die Geschichte der alten Bundesrepublik, vor allem in der zweiten Hälfte ihres Bestehens, wird aber auch von der westdeutschen Bevölkerung nur sehr

verschwommen erinnert, als quasi nach hinten verlängerte saturierte Gegenwart. Markante historische Fragestellungen, dieser Eindruck drängt sich zuweilen auf, scheinen erst eigens konstruiert und künstlich implantiert werden zu müssen. Die folgende Skizze versucht, Gründe für diesen Befund zu nennen und zugleich einige vorfindliche Formen der Historisierung auf ihren idealtypischen Begriff zu bringen. Die Reihenfolge ihrer Vorstellung soll keine aufsteigende Linie vom völlig Falschen zum immer Angemesseneren suggerieren, sind doch jeweils andere Erkenntnismöglichkeiten und -grenzen mit der gewählten Perspektive verbunden, aber die Präferenzen und Gewichtungen des Verfassers sind unschwer zu erkennen.¹

Die Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte

Daß die Bundesrepublik eine Erfolgsgeschichte aufzuweisen hat, ist nach sehr simplen Kriterien nicht zu leugnen: ein halbes Jahrhundert im Frieden, qualitativ gestiegener Wohlstand und eine wider anfängliche Befürchtungen stabile Demokratie. Eine Geschichte der Bundesrepublik, die dies als Grundlage nicht anerkennt oder relativierend herabwürdigt, verdient ihren Namen nicht. Allerdings riefen die rituell anmutenden Selbstbeweihräucherungen der politischen Klasse lange Zeit einerseits weithin Langeweile beim Publikum hervor und weckten andererseits Mißtrauen: Langeweile, weil harmonisierend angelegte Erzählungen von der Ausbreitung des Guten nun einmal wenig Spannung zu erzeugen vermögen; Mißtrauen, weil solche Erzählungen zu schön waren, um wahr zu sein. Ich formuliere hier bewußt im Imperfekt, weil hier vor allem ein Teil der offiziellen Staatsideologie der Bundesrepublik im längst beendeten globalen Kalten Krieg angesprochen ist, deren Denkmuster allerdings modifiziert durchaus nachwirken.

Berechtigt war das Mißtrauen allemal, wurde der Erfolg doch vor allem für die jeweiligen politischen Gegenwartsinteressen in Anspruch genommen, um sie als alternativlos erscheinen zu lassen. Die Rede vom Erfolg war teleologisch angelegt, als Heldengeschichte konzipiert, miteinander verknüpft etwa in einer interessierten Adenauer-Gloriole, die dem „Alten von Rhöndorf“ unterstellte, seine Ablehnung jeglicher Sondierung von östlichen Vorschlägen (etwa der Stalin-Noten 1952) und die stattdessen eingeschlagene „Politik der Stärke“ sei strategisch bewußt als Erfolgsweg zur deutschen Einheit beschritten worden. Daß solche ahistorischen Konstruktionen zumal 1989 und 1990 den eingeschlagenen politischen Weg scheinbar plausibel mit höheren historischen Weihen auszustatten vermochten, ist hinlänglich bekannt.

Allerdings dauerte es sehr lange, bis das nahezu instinktive Mißtrauen von Teilen der linksliberalen und linken Publizistik gegenüber jeder historisch positiven Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik einer Betrachtungsweise

1 Ich fasse im folgenden Überlegungen meines jüngst erschienenen Buches (Axel Schildt, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1999) zusammen und verzichte deshalb – abgesehen vom Nachweis direkter Zitate – auf weitere Belege. Hingewiesen wird außerdem auf einige in den letzten Monaten erschienene Beiträge.

wich, in der die Anerkennung ihres Erfolgs als Basis einer realistischen Kritik der Funktionalisierung desselben und als Ausgangspunkt für Fragen nach den Voraussetzungen und Kosten des Erfolgs verstanden wurde. Erst zur Zeit des vierzigjährigen Jubiläums der beiden deutschen Staaten, immerhin noch vor dem Ende der DDR, zeichneten sich Ansätze eines solchen differenzierten Umgangs mit der Geschichte in der publizistischen Öffentlichkeit hierzulande ab.

Die Bundesrepublik als Mißerfolgsgeschichte

Die böse Zwillingsschwester bundesrepublikanischer *success story* in apologetischer Absicht war eine delegitimierende Mißerfolgsgeschichte. Sie begegnet uns vor allem im Kostüm der These von der „Restauration“, die zwar in der zeitgeschichtlichen Forschung eingehende Kritik fand, aber nach wie vor ein zähes Leben behauptet.

Bereits kritische Zeitgenossen, an prominenter Stelle der linkskatholische Gründer der „Frankfurter Hefte“, Walter Dirks, drückten ihr Unbehagen an der Gründergesellschaft der Bundesrepublik in der ja selbst wiederum traditionsreichen Restaurationsbegrifflichkeit aus. Dirks sah allerdings, dies wurde später ignoriert, die Fortführung der überkommenen Strukturen der politisch gespaltenen Arbeiterbewegung der Zeit vor 1933 als Grundlage der Restauration an, weil sie die von ihm ersehnte christlich-sozialistische Labour Party verhinderte und damit überhaupt erst die Bühne für die Wiederkehr des „Hindenburg-Deutschen“ bereitete.²

Noch weniger bekannt als diese Sicht der Dinge ist wohl die Tatsache, daß die Restaurationsterminologie durchaus auch auf der kirchlich-konservativen Rechten bemüht wurde, wo man der ausgebliebenen christlichen *renovatio* nachtrauerte. Die Bundesrepublik erschien hier als Wiederaufrichtung eines weltlichen Staates ohne sittliches Fundament, was 1933 schon einmal in die Katastrophe geführt habe.

In modifizierter Bedeutung fand die zwischenzeitlich wenig bemühte Restaurationsthese im Gefolge der Studentenbewegung von 1968 – und munitioniert durch Veröffentlichungen von Historikern der DDR – vorübergehend Eingang in die westdeutsche Zeitgeschichte. Im Kern besagte sie, daß die 1945 vorhandenen Möglichkeiten zu einem radikalen politischen und kulturellen Neuanfang in einer Allianz der westlichen Siegermächte mit den alten Eliten in Westdeutschland repressiv vereitelt und im Ergebnis die alten Machtverhältnisse restauriert worden seien.

Allerdings blieb zum einen die Bestimmung dessen, was denn nun restauriert worden sei – Verhältnisse von vor 1933 oder aus dem „Dritten Reich“, die ökonomischen Verhältnisse, Politik und Verwaltung, Kultur und Mentalität oder alles zusammen – weitgehend im diffusen Zwielficht. Zum anderen verband sich die Restaurationsthese nicht selten mit der Glorifizierung der Arbeiterklasse

² Vgl. zuletzt Clemens Albrecht u.a., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a. M./New York 1999, S.132ff.

oder des „einfachen Volkes“, dessen auf radikale Demokratisierung gerichtete Bestrebungen von oben unterdrückt worden seien.

Demoskopische Erhebungen über die politischen Einstellungen der westdeutschen Bevölkerung, wie sie vor allem in der US-Zone immer wieder unternommen wurden, verweisen solche Konstruktionen in das Reich der Legende. Die Deutschen sahen – beginnend mit der Niederlage von Stalingrad 1943 – zwar nach und nach ein, daß das NS-Regime sie in Elend und Not führte, aber deshalb waren sie noch lange nicht zu Demokraten geläutert. Der Nationalsozialismus als gute Idee, die schlecht durchgeführt bzw. mißbraucht worden sei – auf diese Formel läßt sich die Mehrheitsmeinung in Deutschland nach 1945 bringen. Und die relative Wertschätzung des gerade Vergangenen nahm allen bekannten Umfrage-Quellen zufolge in den Nachkriegsjahren sogar vorübergehend zu.

Mit ihrer mangelnden Präzision und verzerrenden Volksgloriole vermochte die Restaurationsthese keine schlüssige Geschichte der Weststaatsgründung zu konstituieren. Als negatives Abbild apotheotischer Teleologie fand hier die Bundesrepublik lediglich noch als Beginn einer „bleiernen Zeit“ Erwähnung, aber kein wirkliches analytisches Interesse. Darstellungen der Wiederbewaffnung und dagegen gerichteter Proteste aus der Sicht der Restaurationsthese etwa verlängerten nur die Legende vom breiten Mehrheitswillen der Bevölkerung, der repressiv überwunden worden sei. Warum die gleiche Bevölkerung in wachsendem Maße die Regierungsparteien wählte, ließ sich in diesem Zusammenhang nur schlecht, etwa mit finsternen Manipulationen, erklären. Die versteinerten Verhältnisse dauerten, so suggerieren es manche literarischen Produkte, bis zum Ende der 60er Jahre und wurden erst von der Studentenbewegung und Außerparlamentarischen Opposition zum Tanzen gebracht. Doch auch diese zweite Chance, so ließe sich die Entwicklung dem Restaurationsmuster folgend weiter deuten, wurde wiederum von oben, mit staatlichen Machtmitteln, etwa den berüchtigten „Berufsverboten“ der 70er Jahre, zunichte gemacht.

Eine solche scharfe Zweiteilung der Geschichte der Bundesrepublik – sie ist in der linken wie in der rechten Publizistik anzutreffen, wo '68 geradezu als Schock empfunden wurde – verfehlt ihre reale Historisierung ebenso wie das Label „Restauration“ die Gründungsphase des westdeutschen Teilstaates. Politische Umbrüche, die sich als Pluralisierung und Liberalisierung der politischen Kultur beschreiben lassen, erfolgten zum einen bereits lange vor 1968 in der angeblich „bleiernen Zeit“, zum anderen bleibt überhaupt erst noch zu erkunden, wie tiefgehend – politisch und kulturell – die Bewegung jener '68er eigentlich nachgewirkt hat.

Die Restaurationsbegrifflichkeit ist zwar für eine Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik untauglich. Bedacht werden sollte allerdings, daß – wenn gleich bisweilen in grotesker Überzeichnung – dunkle Flecken der jungen Bundesrepublik beleuchtet und das Problem der Elitenkontinuität, allerdings in falscher Terminologie, thematisiert wurden. Schließlich weist die Rede von der Restauration, wie erwähnt, auf visionäre Vorstellungen von Intellektuellen hin, die sich zwar als Illusion herausstellten, aber als Teil unabgegoltener Ideengeschichte der Bundesrepublik festzuhalten sind.

Die Bundesrepublik als Modernisierungsgeschichte

Eine Sozialgeschichte der Bundesrepublik – zunächst ihres formativen Jahrzehnts, der legendären 50er Jahre – entwickelte sich erst in den 80er Jahren. Der analytische Blick auf objektive wirtschaftliche, demographische, sozialstrukturelle und sozialkulturelle Prozesse destruierte sehr rasch die These von der Restauration, gab es doch in sozialhistorischer Dimension kaum einen dynamischeren Abschnitt deutscher Geschichte als den westdeutschen Wiederaufbau. Innerhalb von wenig mehr als einem Jahrzehnt hatten sich die Löhne und Gehälter verdoppelt, wurden Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen in das Erwerbssystem eingegliedert, gelang die Beseitigung des auf den Bombenkrieg folgenden Wohnungselends – ein „Wirtschaftswunder“, in dessen Folge die gesamte westdeutsche Gesellschaft Armut und Mangel hinter sich lassen konnte und eine historisch nicht gekannte Stufe der Prosperität erreichte, die sogenannte „Konsumgesellschaft“. Daß dieser „Abschied von der ‚Proletarität‘“ (Josef Mooser), die Überwindung elementarer krankheits- und altersbedingter Not, mit den Mitteln staatlicher Sozialpolitik beträchtlich gefördert wurde (Rentenreform 1957), ließ die Bundesrepublik international – und besonders für die Bevölkerung der DDR – als positives Modell erscheinen. Die „langen 60er Jahre“ werden in der zeitgeschichtlichen Forschung als Transformationszeitraum erkennbar, in dem sich die Umrise einer „Konsum“- und „Erlebnisgesellschaft“ (Gerhard Schulze) immer deutlicher abzeichneten.³

Der rasante Wandel der westdeutschen Gesellschaft ließ sich begrifflich unschwer als „Modernisierung“ ausweisen, eine soziologische Kategorie, die bereits eine erfolgreiche Karriere hinter sich hatte und für frühere Epochen der Geschichte angewandt worden war, um die Transformation traditionaler in moderne Gesellschaften mittels verschiedener Kriterien (wirtschaftliche Entwicklung, Bildung, familiäre Strukturen, politische Partizipation usw.) als komplexen Zusammenhang beschreiben zu können. Die Modernisierung bereits moderner Gesellschaften – zu denen Deutschland im 20. Jahrhundert unzweifelhaft schon gehörte – war allerdings in modernisierungstheoretischen Ansätzen zu jenem Zeitpunkt noch kaum berücksichtigt worden. Sie boten insofern eher einen allgemein sensibilisierenden Hintergrund für historisch-empirische Untersuchungen und öffneten den Blick auf objektive (nicht nur ökonomische) gesellschaftliche Strukturen, ein notwendiger erster Schritt der Verwissenschaftlichung der Zeitgeschichtsschreibung. Daß objektive Prozesse nun in den Vordergrund des Interesses rückten, hatte verschiedene Gründe, darunter immanente der geschichtswissenschaftlichen Entwicklung, aber es ist auffällig, daß dies zusammenfiel mit der „Selbstanerkennung“ der alten Bundesrepublik in ihren letzten Jahren. Erst jetzt, im nahezu erloschenen Kalten Krieg, ließ sich offenbar ein nüchterner strukturgeschichtlicher Blick entwickeln.

3 Vgl. als Überblick zuletzt Klaus Schönhoven, *Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: „Geschichte und Gesellschaft“, Jg. 25, 1999, S.123-145; Anfang nächsten Jahres soll erscheinen: Karl C. Lammers, Detlef Siegfried und Axel Schildt (Hg.), *Zeitenwechsel. Die sechziger Jahre in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 2000.

Die Bundesrepublik unter das Paradigma ihrer permanenten Modernisierung zu stellen, fundierte zunächst allerdings auch die apologetischen Varianten der Erfolgsgeschichte, ließ sich publizistisch zwanglos mit der Propaganda für deren historische Protagonisten vereinbaren, wie dies bis heute in nostalgischen Rückblicken auf die heroische Phase des Wiederaufbaus zum Ausdruck kommt. Solche Verknüpfungen sind jedoch nur auf den ersten Blick überzeugend. Denn scheiterte nicht Ludwig Erhard, der am ehesten als „Vater der sozialen Marktwirtschaft“ glorifiziert wurde, schon bei der ersten sachten Rezession politisch? Die vermeintlichen Helden der Erfolgsgeschichte verschwinden bei näherem Hinsehen doch nahezu hinter der Wirkungsmacht objektiver Prozesse, wie dies in dem freilich etwas übertriebenen Diktum zum Ausdruck kommt, die Geschichte der Bundesrepublik sei ihre Wirtschaftsgeschichte (Werner Abelshäuser).

Den modernisierungstheoretischen Ansätzen zur Untersuchung der westdeutschen Gesellschaft wurde denn auch vor allem vorgeworfen, daß sie mit ihrer Konstruktion linearer Höherentwicklung eben jenen Hauch von Apologetik verbreiteten, den kritische Wissenschaft zu überwinden habe. Der Verlust von natürlichen Ressourcen, von lebensweltlichem Miteinander, von Solidarität in traditionellen Milieus infolge der Zwänge systemischer Rationalität – also die Kosten der Modernisierung – würden übergangen. Daran ist soviel richtig, daß tatsächlich die problematischen Seiten der Modernisierung bisher nicht im Vordergrund der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik standen, was aber nicht bedeutet, daß sie nicht theoretisch integrierbar wären. Und eine reine Verlustgeschichte wiederum würde wohl zur Karikatur von Wissenschaft geraten.

Wichtiger ist ein anderes Monitum. Nicht von Modernisierung ohne weitere spezifizierende Charakterisierung ist für die meisten Phasen der Bundesrepublik und besonders für die „Ära Adenauer“ zu sprechen, sondern von einer „Modernisierung unter ‚konservativen Auspizien‘“ (Christoph Kleßmann). Dieser Hinweis bettet zunächst die Bundesrepublik in die vorhergehende deutsche Geschichte ein, in das Spannungsverhältnis von technisch-ökonomischem sowie zivilisatorischem Fortschritt und konservativer politischer Macht, die selbst wiederum die Modernisierung fördert und gleichzeitig kulturelle Dämme gegen deren gesellschaftliche Konsequenzen zu errichten versucht – eine Kontinuitätslinie mindestens seit dem 19. Jahrhundert.

Allerdings verdienen auch die qualitativen Formveränderungen dieser „konservativen Auspizien“ Beachtung. Der Begriff des „reactionary modernism“ (Jeffrey Herf) trifft den ideologischen *mainstream* der wilhelminischen Gesellschaft des Kaiserreichs und auch noch der Weimarer Republik, nicht aber das antiutopisch-pragmatische konservative Klima der frühen Bundesrepublik.⁴ In jener Zeit setzte nämlich der Wandel des politisch durch das Bündnis mit dem Nationalsozialismus bis auf die Knochen blamierten Konservatismus von antimodernem Lamento zur Anerkennung nicht nur der Irreversibilität des technischen Fortschritts, sondern widerstrebend auch der mit diesem einhergehenden kultu-

4 Noch größere Probleme bereitet es, die NS-Ideologie und den Charakter des „Dritten Reiches“ vor allem auf dieses Spannungsverhältnis zu fokussieren (vgl. Axel Schildt, NS-Regime, Modernisierung und Moderne. Anmerkungen zur Hochkonjunktur einer andauernden Diskussion, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. 23, 1994, S.1-23).

rellen Folgen – der demokratischen Partizipation, der weiblichen Emanzipation u.a. – ein. Die Anerkennung der Realität in der Pose des heroischen Aushaltens der Moderne wurde geradezu als Voraussetzung politischer Hegemonie erachtet – von Franz-Josef Strauß einst auf die berühmt gewordene Formel gebracht, daß die Konservativen stets an der Spitze des Fortschritts zu marschieren hätten.

Die Bundesrepublik als Belastungsgeschichte

Die angemessene Reaktion auf den Erfolg der Bundesrepublik ist nicht dessen Relativierung und Leugnung, sondern die Frage, wie angesichts der bedrückenden materiellen und moralischen Belastungen überhaupt ein zivilisiertes demokratisches Gemeinwesen entstehen konnte, das sich heute wie selbstverständlich in „normale“ internationale Standards einfügt. Diese Leitfrage läßt keinen Platz mehr für die apogetische Konstruktion einer harmonischen Erfolgsgeschichte, sondern fordert die kritische Analyse der politischen und gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen.

Während das sogenannte Wirtschaftswunder die Bundesrepublik aus der Armut der Nachkriegszeit in wenigen Jahren an die Schwelle einer *affluent society* führte und die materiellen Kriegsfolgen zum größten Teil bald nicht mehr sichtbar waren, verhielt es sich mit dem moralischen Erbe des „Dritten Reiches“ komplizierter. Die alliierten Maßnahmen zur Entnazifizierung und zur juristischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen wurden mit der Gründung der Bundesrepublik nahezu vollständig abgebrochen. Eines der ersten Gesetze des neuen Parlaments verkündete Ende 1949 eine großzügige Amnestie selbst für schwerste Verbrechen bis hin zum Totschlag, und viele schwer belastete NS-Aktivisten durften in den frühen 50er Jahren auf ihre Positionen in den Universitäten, Schulen und Behörden zurückkehren. Im privaten Erwerbsleben war die Kontinuität ohnehin groß gewesen.

Mit einem kalten Blick auf die System-Notwendigkeiten kann man konstatieren: Anders wäre der Wiederaufbau wohl kaum so erfolgreich verlaufen. Wo hätten angesichts der weitgehenden Nazifizierung der Funktionseliten die unbelasteten Lehrer, Ingenieure, Juristen und Ärzte denn herkommen sollen? Auch Ostdeutschland integrierte ehemalige Nationalsozialisten in ähnlicher Weise. Zudem wurde diese soziale Integration politisch kontrolliert, so daß sich keine Chancen für nationalsozialistische Verschwörungen ergaben. Die soziale Integration belasteter Eliten wurde ausbalanciert durch eine demonstrative Symbolik finanzieller „Wiedergutmachung“ an Israel und der Ehrung zumindest des nationalkonservativen Widerstands gegen Hitler. Und es gab eine aufmerksame Beobachtung rechtsextremer und vor allem antisemitischer Aktivitäten. Als eine Gruppe ehemaliger hoher NS-Funktionäre einige Landesverbände der FDP konspirativ unterwandert hatte, wurde sie von britischer Militärpolizei Anfang 1953 in einer überraschenden Aktion verhaftet – ein Hinweis auf alliierte Befugnisse in der frühen Bundesrepublik.

Im übrigen bedurfte es kaum solcher Warnungen. Denn warum sollten ehemalige Nationalsozialisten gegen die Bundesrepublik konspirieren? Während

das von ihnen früher bewunderte „Dritte Reich“ schmachlich untergegangen war, entwickelte sich die westdeutsche Gesellschaft immer erfolgreicher. Die zweite berufliche Chance, die sie unverhofft erhalten hatten, wollte kaum jemand gefährden. Auch in dieser Hinsicht spielte sicherlich die wirtschaftliche Entwicklung, das „Wirtschaftswunder“, eine entscheidende Rolle, und man mag kontrafaktisch fragen: Welche gefährlichen Radikalisierungsprozesse hätten sich wohl ergeben, wenn die westdeutsche Gesellschaft in ihrer anfänglichen Armut – mit Millionen frustrierter Menschen in überfüllten Flüchtlingslagern – verblieben wäre? Es ist in diesem Zusammenhang von der „heilsamen Kraft des Opportunismus“ (Ulrich Herbert) gesprochen worden, die den durch den Nationalsozialismus belasteten Eliten die Integration in das Erfolgsmodell Bundesrepublik ermöglichte.

Aber dieser Opportunismus war wechselseitig. Nicht nur der Bundeskanzler, auch der amerikanische Präsident Eisenhower gab z.B. Anfang der 50er Jahre eine Ehrenerklärung für Hitlers Wehrmachtsoffiziere ab, um sie für den Aufbau der geplanten Bundeswehr zu gewinnen. Adenauer ebenso wie sein sozialdemokratischer Opponent Kurt Schumacher umwarben die Kameraden der ehemaligen Waffen-SS als Wähler ihrer Parteien. Die systemnotwendige Integration der ehemaligen Nationalsozialisten vergiftete die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, in der eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kaum gewagt werden durfte. Sogar der erwähnten symbolischen Abgrenzung vom „Dritten Reich“ in den Sonntagsreden der Politiker haftete insofern ein Hauch von Unglaubwürdigkeit an.

Es wäre im übrigen unangemessen, dies wurde bereits angedeutet, die schwere moralische Belastung der westdeutschen Gesellschaft nur auf ihre Funktionsebenen zu beziehen. Es gab nicht nur eine weitgehende Elitenkontinuität, sondern auch eine „Volkskontinuität“ (Lutz Niethammer) hinsichtlich der politischen Mentalitäten und Wertmuster. Die Bundesrepublik war in ihren Gründerjahren zwar nicht ohne, aber mit nur wenigen aktiven Demokraten ausgestattet. Der Bevölkerung saßen der Krieg und auch die Hungerjahre danach in den Knochen, man interessierte sich weithin nicht für Politik, sondern für das private Fortkommen. Meinungsumfragen förderten Anfang der 50er Jahre immer wieder große Sympathien für eine Monarchie oder irgendeine Art autoritären Systems zutage, das Sicherheit verheißten würde; der Wert der Sicherheit rangierte weit vor dem der Freiheit und der Demokratie. Von dieser Stimmung profitierte die noch stark katholisch geprägte CDU und vor allem ihr greiser Repräsentant Konrad Adenauer. Im semiautoritären Regierungstil des bei seinem Amtsantritt 1949 bereits 73jährigen Politikers fühlten sich große Teile der Bevölkerung aufgehoben. Adenauer regierte im übrigen mit einer Koalition, zu der die bayerische Schwesterpartei CSU, die konservative Deutsche Partei und die damals weit rechts stehende FDP sowie seit 1953 der nationalsozialistisch erheblich kontaminierte Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) gehörten. Nach stetig steigender Zustimmung in den Bundestagswahlen erreichten CDU und CSU 1957 erstmals – und bisher letztmals in der Geschichte der Bundesrepublik – über 50% der Wählerstimmen, Höhepunkt der plebiszitären Zustimmung zu einer Politik,

die Sicherheit und Wohlstand nicht nur verhieß, sondern nachvollziehbar erbracht hatte.

Der erfolgreiche Wiederaufbau mit seiner gleichzeitigen Modernisierung der Gesellschaft „bis auf die Gene“ (Ralf Dahrendorf) unterminierte aber seither die Hegemonie des bürgerlich-konservativen Bonner Regierungslagers. Die mit ihrem Godesberger Programm 1959 pragmatisch gewendete Sozialdemokratie erschien einem wachsenden Teil der Bevölkerung – weit über die gewerkschaftlich gebundenen Stammwähler hinaus – nun als Partei, die mit den neuen Anforderungen jenseits des Wiederaufbaus besser fertigwerden würde als die saturierte Adenauer-Partei.

Erstmals wurden nun in breiterem Ausmaß moralische Fehlentwicklungen und Versäumnisse im Wiederaufbau thematisiert, die zum „herrschenden politischen und sozialen Immobilismus und Provinzialismus einerseits und der hartnäckig aufrechterhaltenen Abwehr von Erinnerungen“⁵ andererseits geführt hätten. Und weil sich die Ost-West-Auseinandersetzung seit der Kuba-Krise 1962 – mit sporadischen Rückschlägen – entdramatisierte und die unmittelbare Kriegsfurcht schwand, wurde nun zunehmend nach dem Personal und den Methoden des Kalten Krieges gefragt. Es war vor allem die nachwachsende Generation, die erste, die ihre Jugend in der Friedensgesellschaft der Bundesrepublik erfahren hatte, die sich in den 60er Jahren zu Wort meldete. Im Generationenwechsel schienen sich die düsteren Züge der politischen Kultur der frühen Bundesrepublik, die ihrem beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg angehaftet hatten, aufzulösen. Allerdings wird es der künftigen Zeitgeschichtsschreibung vorbehalten bleiben, auch nach fortwirkenden Belastungen zu fragen, die zum Teil hinter der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit nur sporadisch aufschienen. Die demoskopischen Erhebungen, die seit den 60er Jahren – parallel zur öffentlichen Intensivierung der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit – den notorischen Wunsch nach einem „Schlußstrich“ registrierten, sind nur ein Beispiel.

Die Bundesrepublik als Verwestlichungsgeschichte

Unter den positiven Faktoren, die dafür sorgten, daß die immensen politisch-moralischen Belastungen die Stabilisierung der westdeutschen Demokratie nicht verhinderten, sind die äußeren, westlichen Einflüsse an vorderer Stelle zu nennen. Ohne westalliierte Vorgaben und Einflüsse ist die Entstehung des Grundgesetzes nicht zu beschreiben, auch wenn autochthone deutsche Demokratietraditionen gleichfalls eine tragende Rolle spielten. Aber wie hätte die schmale Gegenelite von „Weimarianern“ und anderen Demokraten ohne fremde Hilfe angesichts einer autoritären Lösungen zuneigenden und politisch apathischen Bevölkerung eine Machtbasis erhalten sollen? Insofern bilden Belastung und Verwestlichung zwei Seiten der Geschichte der Bundesrepublik.

5 Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967, S.9.

Eine historische Chance erhielt der westliche Teil Deutschlands dadurch, daß der traditionelle preußisch-deutsche Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg am Boden lag. Preußen war durch alliierten Kontrollratsbeschluß Anfang 1947 förmlich aufgelöst worden. Die ehemaligen großagrarischen Regionen, sicheres Hinterland konservativ-deutschnationaler Kräfte, gehörten nun zur SBZ bzw. DDR oder zu Polen und der Sowjetunion. Die Bundesrepublik war hingegen ein Land, in dem der katholische Bevölkerungsteil ebenso groß war wie der protestantische und politisch in den regierenden Unionsparteien dominierte. Angesichts des einsetzenden Kalten Krieges bildete sich im Westteil Deutschlands im ersten Nachkriegsjahrzehnt eine schillernde Integrationsideologie heraus, die der Begriff des „Antikommunismus“ nur sehr ungenau erfaßt. Demokratie und stalinistische Diktatur wurden einander seltener entgegengesetzt als eine metaphysisch überhöhte abendländische Freiheit östlichem Kollektivismus. Das „christliche Abendland“ wurde in vielen Sonntagsreden geradezu inflationär bemüht und die damit assoziierte geistige Umkehr durchaus von westlichem Liberalismus abgesetzt. Ein Übermaß an (westlicher) Demokratie galt vielfach sogar als Einfallstor für den kommunistischen Dämon. Besonders die USA erschienen manchen christlich-konservativen Publizisten oberflächlich und seelenlos, und das Bündnis mit dem Westen sollte strikt auf politische und militärische Dimensionen begrenzt bleiben.⁶

Gerade dieses ideologische Angebot einer Trennung von politisch-militärischer sowie wirtschaftlicher Westoption und politisch-kultureller Distanz sollte sich in tonangebenden bildungsbürgerlichen und kirchlich gebundenen Schichten gegenüber „national-neutralistischen“ Positionen eines „dritten Weges“ als überlegen erweisen. Aber die Abwehr des ohnehin geschwächten deutschen Nationalismus durch eine abendländische Ideologie führte eben nicht – darin bestand die List der Geschichte – zu einer stabilen christlich-konservativen Hegemonie, sondern sehr bald, seit den 60er Jahren deutlich spürbar, zu einer Ausbreitung liberaler westlicher – zum Teil remigrierter – Ideen und zu einem neuen Pluralismus der politischen Kultur⁷, wie er in den Jahren der Studentenbewegung besonders expressiv zum Ausdruck kam.

Während die zeithistorische Forschung diesen ideengeschichtlichen Prozeß für die erste Hälfte der alten Bundesrepublik – im Zusammenhang mit den alltagskulturellen Tendenzen einer „Amerikanisierung“ – zu erkunden begonnen hat, ist die Zeit seit den 70er Jahren weitgehend *terra incognita*, in der jedenfalls nicht mehr allein liberale Ideen über Kanal und Atlantik transferiert wurden. Die bereits erwähnte Modernisierung des Konservatismus harrt ebenso noch der historischen Analyse wie zeitweilige Konjunktur und Niedergang sozialistischer und libertärer Utopien, die jeweils ja keine rein bundesdeutschen, sondern allgemeine Phänomene der westlichen Welt darstellen. Mit gleicher Berechtigung wie die Forderung nach Berücksichtigung deutsch-deutscher Zusammenhänge läßt sich deshalb postulieren, daß die Geschichte der Bundesrepublik nicht losgelöst von ihrer Verflechtung in Westeuropa und in der

6 Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999.

7 Vgl. demnächst Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?* Göttingen 1999.

transatlantischen Welt, in der westlichen Weltwirtschaft, in der westlichen Sozialkultur und Ideenlandschaft erzählt werden kann. Erst vor diesem Hintergrund lassen sich die zuvor skizzierten Deutungsstränge als westliches Erbeil der neuen Bundesrepublik produktiv diskutieren.

**Ausgewählte Quellen, Überblickswerke und Sammelbände
zur Geschichte der Bundesrepublik**

Benz, Wolfgang (Hg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur), 4 Bde., Frankfurt a. M. 1989.

Bracher, Karl D. u.a. (Hg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 5 Bde., Stuttgart/Wiesbaden 1983-1987.

Bührer, Werner, Die Adenauer-Ära, München 1993.

Doering-Manteuffel, Anselm, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, Darmstadt ²1988.

Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Fülberth, Georg, Berlin – Bonn – Berlin. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 1999.

Geschichte der deutschen Einheit, 4 Bde., Stuttgart 1998.

Görtemaker, Manfred, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1999.

Hockerts, Hans Günther (Hg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR, München 1998.

Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen ⁵1991.

Ders., Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Göttingen ²1997.

Morsey, Rudolf, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München ³1995.

Niethammer, Lutz (Hg.), Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, 3 Bde., Berlin/Bonn 1983/85.

Schildt, Axel und Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993 (Studienausgabe 1998).

Stöss, Richard (Hg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland von 1945-1980, 2 Bde., Opladen 1983/84.

Thränhardt, Dieter, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1996.